WASSERLEITUNGSGEBÜHRENORDNUNG

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Nußdorf-Debant hat in seiner Sitzung vom 22. April 2002 beschlossen, aufgrund des § 16 Abs. 3 Ziff. 4 Finanzausgleichsgesetz 2001, LGBl. Nr. 3 nachstehende Wasserleitungsgebührenordnung zu erlassen.

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Nußdorf-Debant hat in seiner Sitzung am 1. Juni 2010 beschlossen, die Wasserleitungsgebühren mit Wirksamkeit ab 01.01.2011 quartalsmäßig vorzuschreiben und dementsprechend die gültige Wasserleitungsgebührenordnung der Marktgemeinde Nußdorf-Debant zu ändern.

§ 1

Einteilung der Gebühren

1. Die Gemeinde erhebt zur Deckung der Kosten für die Planung, Errichtung, Erweiterung, Instandhaltung und Erneuerung sowie für den Betrieb und die Verwaltung der Gemeindewasserversorgungsanlage Benützungsgebühren in Form von
 - a) Anschlussgebühren
 - b) Erweiterungsgebühren
 - c) laufenden Gebühren (Wasserzins)
 - d) Zählergebühren.
2. Das privatrechtliche Entgelt für die Ausführung des Anschlusses gem. § 3 Abs. 1 der Wasserleitungsordnung wird durch die Anschlussgebühr nicht berührt.

§ 2

Entstehung der Gebührenpflicht

1. Die Anschlussgebührenpflicht entsteht mit dem Zeitpunkt des tatsächlichen Anschlusses von Grundstücken an die bestehende Wasserversorgungsanlage.
2. Bei Neu-, Zu- und Umbauten und bei Wiederaufbau von abgerissenen oder zerstörten Bauten – soweit dafür kein neuer Wasseranschluss im Sinne des § 3 Abs. 1 Wasserleitungsordnung geschaffen, sondern der für den Bauplatz bestehende Wasseranschluss verwendet wird – entsteht die Gebührenpflicht nur insoweit, als die neue Bemessungsgrundlage den Umfang der früheren übersteigt.
3. Die Pflicht zur Entrichtung der Erweiterungsgebühr entsteht mit Baubeginn der neuen Teile der Wasserversorgungsanlage.
4. Die Pflicht zur Entrichtung des Wasserzinses und der Zählergebühr entsteht mit dem erstmaligen Wasserbezug.

§ 3

Bemessungsgrundlage und Höhe der Anschluss- und Erweiterungsgebühr

1. Bemessungsgrundlage für die Anschlussgebühr ist die Baumasse des anzuschließenden Objektes gemäß dem Tiroler Verkehrsaufschließungsabgabengesetz, LGBl. Nr. 22/1998 i.d.g.F. (T-VAAG).
2. Nicht in die Bemessungsgrundlage einbezogen werden untergeordnete Nebengebäude wie Geräteschuppen, Gartenhäuschen, einfache Holzschuppen und Holzhütten und die in landwirtschaftlichen Wirtschaftsgebäuden im behördlich bewilligten Bauplan als „Stadel“ oder „Tenne“ ausgewiesenen Teile der Gebäude soweit sie nicht an die Wasserversorgungsanlage angeschlossen sind.
3. Die Anschlussgebühr beträgt € 0,85 je Kubikmeter (m³) der Bemessungsgrundlage, mindestens jedoch € 1.275,00. Die Mindestgebühr gelangt daher auch in den Fällen zur Vorschreibung, in denen keine Baumasse gemäß T-VAAG vorliegt.
4. Für Schwimmbecken (sowohl im Freien als auch in geschlossenen Räumen) ist zusätzlich eine Anschlussgebühr von € 0,85 je Kubikmeter Rauminhalt des Schwimmbeckens zu entrichten.
5. Anschluss- und Mindestgebühr werden im weiteren vom Gemeinderat jährlich gleichzeitig mit der Beschlussfassung der Steuer- und Hebesätze neu festgelegt.

§ 4

Bemessungsgrundlage und Höhe der laufenden Gebühren

(Wasserzins)

1. Bemessungsgrundlage für die laufende Gebühr (Wasserzins) ist der durch Wasserzähler ermittelte tatsächliche Wasserverbrauch in m³.
2. Die laufende Gebühr wird mit € 0,5951 bzw. für Landwirte mit € 0,5552 je Einheit der Bemessungsgrundlage (m³) festgesetzt und wird im weiteren vom Gemeinderat jährlich gleichzeitig mit der Beschlussfassung der Steuer- und Hebesätze neu festgelegt.
3. In den Fällen, in denen die Bestimmung des Wasserverbrauches mittels Zählers nicht möglich ist, wird der Wasserzins mittels einer jährlichen Pauschale verrechnet. Diese wird in der Weise errechnet, dass pro hauptwohnsitz-gemeldeter Person im angeschlossenen Gebäude und Monat ein Wasserverbrauch von 5 m³ angenommen wird. Daraus errechnet sich die Bemessungsgrundlage gemäß Abs. 1 für den Vorschreibungszeitraum.
4. In der Bauphase, das ist vom Baubeginn bis zum Einbau des Wassermessers, spätestens jedoch bis zum Bezug bzw. zur Benützung des Objektes, wird der Wasserzins für das Bauwasser pauschal bestimmt und zwar in der Art, dass bei anzuschließenden baulichen Anlagen und Gebäuden
 - a) bis zu einer Baumasse gemäß T-VAAG von 1.500 m³ € 79,94 pro Jahr (12 Monate) und
 - b) mit einer Baumasse gemäß T-VAAG über 1.500 m³ € 159,88 pro Jahr (12 Monate)zu entrichten sind.

§ 5

Bemessungsgrundlage und Höhe der Zählergebühr

Die Zählergebühr beträgt pro Jahr (12 Monate) und pro eingebautem Zähler

bei einer Nennweite bis 25 mm (= 1 Zoll)	€ 10,59
bei einer Nennweite ab 25 bis 50 mm (= bis 2 Zoll)	€ 42,45
bei einer Nennweite ab 50 mm (= ab 2 Zoll)	€ 83,62

§ 6

Vorschreibung der Gebühren

Die Gebühren nach § 1 werden bescheidmäßig festgesetzt und zur Zahlung vorgeschrieben.

§ 7

Fälligkeit der Anschluss-, Erweiterungsgebühr

1. Die Anschlussgebühr für neu an die Gemeindewasserversorgungsanlage anzuschließende Gebäude und/oder bauliche Anlagen wird mit dem Zeitpunkt der Herstellung der Anschlussleitung nach § 3 Abs. 1 Wasserleitungsordnung vorgeschrieben und zur Zahlung an die Gemeinde fällig.
Die Anschlussgebühr nach § 2 Abs. 2 wird nach Baubeginn der Zu- und Umbauten bzw. des Wiederaufbaus zur Zahlung fällig.
2. Die Erweiterungsgebühr wird zur einen Hälfte nach Baubeginn und zur anderen Hälfte nach Anschluss der neuen Anlagenteile an die Wasserversorgungsanlage vorgeschrieben und zur Zahlung an die Gemeinde fällig.

§ 8

Fälligkeit der laufenden Gebühr und Zählergebühr

1. Die laufende Gebühr (Wasserbenutzungsgebühr) ist vierteljährlich zu entrichten und wird in den Monaten Jänner, April, Juli und Oktober bescheidmäßig vorgeschrieben. Sie ist innerhalb von 1 Monat nach Vorschreibung (Zustellung des Abgabenbescheides) zur Zahlung fällig.
Die Zählergebühr ist vierteljährlich zu entrichten und wird bescheidmäßig in den Monaten, Jänner, April, Juli und Oktober vorgeschrieben.
2. Für die Berechnung der laufenden Gebühr werden die Wassermesser im September jeden Jahres abgelesen. Die Vorschreibung der laufenden Gebühr im Jänner, April und Juli jeden Jahres erfolgt in Form einer Akontozahlung, bei deren Berechnung je ein Viertel des im vorangegangenen Wirtschaftsjahr (01.10. bis 30.09. des Folgejahres) zur Zahlung vorgeschriebenen Wasserverbrauches (Vorjahresverbrauch) zugrunde gelegt wird. Soweit ein solcher Wert nicht vorliegt, ist auch für die Vorschreibung im Jänner, April und Juli eine Ablesung des Wassermessers und zwar im entsprechenden Vormonat (Dezember, März, Juni) vorzunehmen und dieses Ableseergebnis der entsprechenden Vorschreibung zugrunde zu legen.

Wird eine Zählerstelle während des Haushaltsjahres beendet (z.B. Besitzwechsel), erfolgt in diesem Fall eine Endabrechnung nach Ablesung des tatsächlichen Zählerstandes.

3. Bei Rohrbrüchen nach dem Zähler bzw. bei unkontrollierten Abflüssen durch Leitungsschäden etc. kann die Gemeinde eine Einzelregelung treffen; Voraussetzung ist eine sofortige Meldung und eine plausible Erklärung für den veränderten Wasserverbrauch. Es kann sodann eine Pauschalberechnung in Anlehnung an den Verbrauch der vergangenen Jahre erfolgen.

§ 9

Umsatzsteuer

In den im § 3, § 4 und § 5 angeführten Gebührensätzen ist die gesetzliche Umsatzsteuer enthalten.

§ 10

Gebührensschuldner

1. Zur Entrichtung der Gebühren sind die Eigentümer oder sonstigen Verfügungsberechtigten der an Gemeindewasserversorgungsanlage angeschlossenen Gebäude und/oder baulichen Anlagen verpflichtet.
2. Mehrere Miteigentümer oder Verfügungsberechtigte haften für die sich aus dieser Gebührenordnung ergebenden Pflichten als Gesamtschuldner zu ungeteilter Hand (§ 891 ABGB).
3. Der Gebäudeeigentümer oder sonst darüber Verfügungsberechtigte (Gebührensschuldner) ist verpflichtet, jede Veränderung am angeschlossenen Gebäude, die eine Änderung der Bemessungsgrundlage für die Gebühren zur Folge haben könnte, unverzüglich der Gemeinde zu melden.

§ 11

Übergangsbestimmungen

1. In den Fällen, in denen der tatsächliche Anschluss bereits vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung hergestellt worden ist, ist die Anschluss- bzw. Erweiterungsgebühr nach den bisher in Geltung gestandenen Vorschriften über die Wassergebühr zu entrichten.
2. Die laufende Gebühr ist ab dem Inkrafttreten dieser Verordnung für alle an eine Gemeindewasserversorgungsanlage angeschlossenen Gebäude (baulichen Anlagen) nach Bestimmungen dieser Gebührenordnung vorzuschreiben und zu entrichten.

§ 12

Verfahrensbestimmungen

Für das Verfahren gelten die Bestimmungen der Tiroler Landesabgabenordnung, LGBl. Nr. 34/1984, in der jeweiligen gültigen Fassung.

§ 13

Inkrafttreten

Diese Wasserleitungsgebührenordnung tritt mit Ablauf der Kundmachung in Kraft.
Gleichzeitig treten alle bisher geltenden Vorschriften über die Wassergebühren außer Kraft.
Die Änderung tritt mit 28.03.2013 in Kraft.